



Digitale Revolution und sozialer Zusammenhalt

Italien und Deutschland: die Verflechtungen der zwei Volkswirtschaften

Seit Jahren sind Deutschland und Italien durch enge Wirtschaftsbeziehungen verbunden, was sich sowohl am Außenhandel als auch an den jeweiligen bilateralen Investitionen ablesen lässt. Deutschland ist im Bereich der Handelsbeziehungen der wichtigste Partner Italiens, sowohl als Absatzmarkt für die italienischen Ausfuhren als auch als Herkunftsland der italienischen Einfuhren. Italien seinerseits ist der fünftwichtigste Lieferant Deutschlands und der sechswichtigste Käufer deutscher Produkte. Der Handelsaustausch erreichte im Jahr 2015 ein Volumen von fast 107 Milliarden Euro.

Italien ist nach Deutschland das wichtigste Industrieland Europas hinsichtlich der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes. Beide Länder verfügen über eine hochentwickelte Industrie, die den Investitionsgüterhandel in beide Richtungen fördert. Die wichtigsten drei Bereiche der deutschen Einfuhren aus Italien sind Maschinen, Fahrzeuge und Elektroanlagen; sie gehören auch zu den vier wichtigsten Bereichen bei den Gesamteinfuhren Deutschlands.

Dies bestätigt die starke Komplementarität der beiden Volkswirtschaften und spiegelt die bestehenden Zulieferbeziehungen wieder, die als gegenseitige Abhängigkeitsverhältnisse bezeichnet werden können. Zu den wichtigsten Produktgruppen des gegenseitigen Handels zählen Maschinen und Anlagen, Chemie- und Nahrungsmittelprodukte sowie Fahrzeuge und deren Ersatzteile. Auch die jeweiligen Exportprodukte enthalten oft Teile, die aus dem jeweils anderen Land importiert wurden. Das zeigt, dass die Aktivitäten der deutschen und italienischen Unternehmen für die Wertschöpfungsketten des jeweils anderen Landes von besonderer Bedeutung sind.

Auch bei den ausländischen Direktinvestitionen spielen die Branchen des Fahrzeug-, Elektroanlagen- und Maschinenbaus eine zentrale Rolle. Laut einer von der Italienischen Botschaft in Deutschland in Auftrag gegebenen Untersuchung kann man davon ausgehen, dass in Deutschland Unternehmen mit italienischer Beteiligung insgesamt über 135.000

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen.¹ Demgegenüber gehen Schätzungen davon aus, dass in Italien Unternehmen mit deutscher Beteiligung insgesamt über 175.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen. Die ungefähr 300.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind auf mehr als 3.000 Standorte in Deutschland und Italien verteilt.

Die starke Verflechtung und Komplementarität der italienischen und deutschen Wirtschaft und deren Produktionssysteme werden in der Zukunft weiter zunehmen. Laut dem Unicredit-Bericht „Internationalization of companies by 2030“², der im November 2016 anlässlich des 10. deutsch-italienischen Wirtschaftsforums „Erfolgsfaktoren für eine deutsch-italienische Industriepartnerschaft 4.0“ vorgestellt wurde, werden die deutschen und italienischen multinationalen Unternehmen die direkten Auslandsinvestitionen bis 2030 verdoppeln.

Die Perspektiven der Kooperation und die Rolle der digitalen Wirtschaft

Gemäß des Unicredit-Berichts muss sich die zukünftige deutsch-italienische Wirtschaftskooperation auf das Thema der Digitalisierung der Produktionsprozesse, die die neue Herausforderung für die Erholung des europäischen Markts sein wird, konzentrieren. Dementsprechend muss die deutsch-italienische Zusammenarbeit auf die Wiederbelebung der Produktion und der Forschung zielen, damit Europa eine führende Rolle bei der Entwicklung von Schlüsselthemen für die Zukunft der Wirtschaft spielen kann.

Auch laut KPMG³ sollte die Zusammenarbeit zwischen den zwei wichtigsten europäischen Industrieländern dazu dienen, dem Wirtschaftswachstum der Europäischen Union neuen Schwung zu verleihen. Angesichts der starken Verflechtung der Produktionsstrukturen der beiden Länder sieht KPMG-Italien die Möglichkeit, die notwendigen Synergien zu schaffen, um die Herausforderung der Digitalisierung anzugehen. Laut KPMG verfügen beide Länder über eine einzigartige Tradition, Exzellenz und Erfahrung im Bereich des verarbeitenden Gewerbes. Deshalb könnte ein deutsch-italienischer Korridor die Grundlagen für die Förderung der Digitalisierungsprozesse auf europäischer Ebene liefern. Laut KPMG wären diesbezüglich Bündnisse, Joint Ventures und ähnliche Formen der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Länder erforderlich.

Die Zusammenarbeit zwischen den Industrieverbänden

Die digitale Wirtschaft ist eines der wichtigsten Themen, mit denen sich die Industrieverbände Confindustria und BDI im Rahmen ihrer Zusammenarbeit auseinandersetzen beabsichtigen. Vor dem Hintergrund der intensiven deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen haben die Industrieverbände Confindustria und BDI im Jahr 2011 eine strategische Zusammenarbeit

¹ S. Mutinelli, M., *Gli investimenti diretti italiani in Germania e tedeschi in Italia*. Rapporto di ricerca realizzato per il Ministero degli Esteri, Mailand, 2011.

² S. UniCredit (Hg.), *Internationalization of companies by 2030. Foreign direct investment of Germany, Italy and Austria*. UniCredit Global Themes Series, No. 33, UniCredit Research, München, 2016.

³ S. KPMG, „Deutsch-Italienische Zukunft“, 2016, <https://klardenker.kpmg.de/verstehen/aktuell/deutsch-italienische-zukunft/>

gestartet. Während des 6. bilateralen Spitzentreffens, das am 14. Oktober 2016 in Bozen stattfand, haben Confindustria und BDI eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, mit der erneut die Notwendigkeit einer stärkeren Koordinierung zwischen den beiden wichtigsten europäischen Industrieländern betont wird. Die Erklärung hat zum Ziel, eine Agenda zu Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, deren zentraler Punkt die Förderung der digitalen Wirtschaft ist, voranzubringen. Schon im Jahr 2014 hatten Confindustria und BDI die Umsetzung eines europäischen Investitionsplans gefordert. Dieser sollte öffentliche Ressourcen und konkrete Vorschläge zur Mobilisierung von Privatinvestitionen, neue Initiativen zur Schaffung eines digitalen Binnenmarkts und zur Unterstützung der Digitalisierung der europäischen Industrie sowie die Implementierung einer europäischen Energieunion vermittelt der Förderung einer Konvergenz zwischen Industrie-, Energie- und Klimapolitik beinhalten.

Beim letzten Treffen hingegen forderten die Industrieverbände die Stärkung der gemeinsamen Arbeit zum Thema Industrie 4.0, und zwar insbesondere hinsichtlich der Strategien der Investitionsförderung in diesem Bereich sowie in Bezug auf den Datenschutz und die IT-Sicherheit. Dementsprechend wird auch vorgeschlagen, die Innovationspolitik auf nationaler und europäischer Ebene neu zu überdenken. Darüber hinaus wird von den jeweiligen Regierungen erwartet, dass sie die interregionale Zusammenarbeit und die Koordinierung der Investitionen, die mit der industriellen Modernisierung einhergehen, unterstützen. Dem Thema der Mobilität wird eine besondere Bedeutung zugemessen. Des Weiteren wünscht man sich die Entwicklung einer gemeinsamen Vision hinsichtlich neuer und fortgeschrittener Mobilitätsdienstleistungen wie zum Beispiel autonomes Fahren, Elektromobilität und geteilte Dienstleistungen. Schließlich fordern Confindustria und BDI die jeweiligen Regierungen auf, mit Blick auf die Schlüsseltechnologien, die neuen Geschäftsmodelle der Industrie und den Finanzierungsbedarf der Unternehmen tätig zu werden.

Im Laufe des im November 2016 von ITKAM – der Italienischen Handelskammer für Deutschland – organisierten 4. deutsch-italienischen Wirtschaftsforums wurde hingegen das Thema der „Ausbildung für Industrie 4.0“ behandelt.

Die gewerkschaftliche Kooperation

Aufgrund der strategischen Bedeutung Deutschlands und Italiens im Rahmen der vierten industriellen Revolution ergibt sich auch eine besondere Verantwortung dieser beiden Länder für eine ausgewogene Herangehensweise, die nicht nur eine höhere Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch die notwendige soziale Kohäsion garantiert. Dieses ist die feste Überzeugung der deutschen und italienischen Gewerkschaften. So wie die verarbeitenden Industrien Deutschlands und Italiens einen maßgeblichen Teil der europäischen Wirtschaft darstellen, so verkörpern auch die Gewerkschaftsorganisationen der beiden Länder mit ihren ungefähr 20 Millionen Mitgliedern einen zentralen Bestandteil der europäischen Gewerkschaftsbewegung. Daher ist die Kooperation zwischen den deutschen und italienischen Gewerkschaften hinsichtlich der Anstrengungen zur Verteidigung der im europäischen Kontext errungenen Arbeitnehmerrechte von strategischer Bedeutung.

In diesen Rahmen fügt sich auch die gut strukturierte Kooperation zwischen der IG Metall Wolfsburg und der FIOM-CGIL Bologna und Emilia-Romagna ein, die sich seit 2013 entwickelt hat. Die Kooperation, die sich aufgrund der Verflechtungen in der Kraftfahrzeugbranche entwickelt hat, verfolgt das Ziel, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Unternehmen, die zu grenzübergreifenden Wertschöpfungsketten gehören, zu schützen. Mit Blick auf die Prozesse der Digitalisierung wirken die Metallgewerkschaften heute darauf hin, sich nicht der technologischen Entwicklung unterzuordnen, sondern angemessene Politikstrategien zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht Opfer, sondern Protagonisten der neuen technologischen Revolution werden. Gemäß der beiden Gewerkschaften bedarf es eines Prozesses der demokratischen Teilnahme um zu gewährleisten, dass die aktuell stattfindende Revolution in den Dienst des Menschen und seiner Bedürfnisse gestellt wird.

Nach Auffassung der beiden Gewerkschaften führen die Digitalisierungsprozesse zu einer neuen Qualität der Globalisierung. Die vorherige Phase der Globalisierung hat zu wachsender Ungleichheit und sozialer Exklusion geführt. Die neoliberale Ideologie ist von der Notwendigkeit ausgegangen, sich den unvermeidbaren Marktregeln zu unterwerfen, sie hat Regierungen die Austeritätspolitik aufgezwungen und auf diese Weise dafür gesorgt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Lasten der Wirtschafts- und Finanzkrise zu tragen hatten. Diese Strategie der Diskontinuität hinsichtlich des Europäischen Sozialmodells hat die soziale Kohäsion unterminiert und ist maßgeblich verantwortlich für die weitverbreitete Unzufriedenheit und den zunehmenden Euroskeptizismus.

Um einer weiteren Zersetzung des europäischen Projekts und dem Erstarken nationalistischer und antidemokratischer Kräfte entgegenzutreten, sind die IG Metall Wolfsburg und die Fiom-Cgil Bologna und Emilia-Romagna überzeugt, dass vermieden werden muss, dass im Rahmen der digitalen Revolution und des damit einhergehenden Globalisierungsschubs der internationale Wettbewerb erneut vermittels eines Sozial- und Lohndumpings, einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, einer weiteren Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse und eines Abbaus der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Organisationen ausgetragen wird. Eine weitere Beschleunigung der Verteilung des produzierten Reichtums zulasten der Beschäftigten vermittels der Digitalisierungsprozesse würde unweigerlich zu einer gesellschaftlichen Disintegration führen.

Eine Strategie sozialer Nachhaltigkeit kann sich folglich nicht darauf beschränken, nur die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu gewährleisten, sondern muss sich auch die Sicherung der sozialen Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa zur Aufgabe machen. Den Wandel zu steuern ist folglich das Ziel der beiden Gewerkschaften. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es vor allen Dingen jener Instrumente und Dienstleistungen, die in der Lage sind, Tarifverhandlungen und Mitbestimmungsrechte zu unterstützen, die dazu dienen, auf den Produktionsapparat gerichtete Reorganisations- und Innovationsprozesse zu gestalten.

Die Charakteristika der digitalen Revolution und ihre Auswirkungen auf die Arbeit

Die vierte industrielle Revolution besteht in dem hohen Niveau der elektronischen und digitalen Innovation, die zu einer fast komplett selbstorganisierten Produktion führen, in der Menschen, Maschinen, Anlagen, Logistik und Produkte kommunizieren und kooperieren.

Die Digitalisierungsprozesse führen zu einem hohen Mehrwert, der aus der Verzahnung der Produktion mit Dienstleistungen in vielen Industriebranchen resultiert. Es entstehen richtiggehende industrielle Ökosysteme, die sich durch einen kontinuierlichen Integrationsprozess auszeichnen und klassische sektorale Grenzen niederreißen. Die Digitalisierung der Wirtschaft ist durch eine wachsende Komplexität der internen Organisation dieser Ökosysteme sowohl in horizontaler als auch vertikaler Hinsicht gekennzeichnet. Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien und insbesondere des cloud und mobile computing machen darüber hinaus das Entstehen neuer Geschäftsmodelle möglich.⁴

Die Digitalisierungsprozesse werden die folgenden vier Entwicklungslinien tief beeinflussen:

- Anwendung der Daten und deren Rechenleistung;
- Mensch-Maschine-Interaktion;
- Übergang vom Digitalen zum „Realen“, inkl. Additive Fertigung, 3D-Druck, Robotik, Kommunikation, Machine-to-Machine-Interaktion;
- Die neuen Technologien zur zielgerechten Energiespeicherung und -anwendung zugunsten der Kosteneffizienz und Leistungsoptimierung.

Die digitale Revolution wirkt sich deshalb stark auch auf die Arbeit aus. Die Veränderungen in der Arbeitswelt betreffen vor allem folgende Aspekte:

- Arbeitsqualität und deren professionelle Inhalte;
- Arbeitsteilung;
- Rechtliche Form und Stabilität des Arbeitsverhältnisses;
- Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit;
- Interessenvertretung;
- Soziale Gesetzgebung;
- Einkommensverteilung.

Die Herausforderungen für die Gewerkschaften und mögliche Antworten

Die vierte industrielle Revolution wirkt sich auf verschiedene Art und Weisen auf die Arbeitswelt aus. Die wichtigsten Folgen betreffen das Beschäftigungsniveau, die Transparenz der Arbeitsleistung, die Arbeitsbedingungen und die erforderliche Umschulung der Arbeitnehmer.

⁴ S. Garibaldo, F., 'Manifattura 4.0', paper vorgestellt auf der Konferenz des CGIL Hauptvorstands "4.0= (R)Evolution Road", Turin 24./25. Oktober 2016.

Eines der wesentlichen Probleme betrifft die Folgen der digitalen Wirtschaft für die *Beschäftigung*. Die Automatisierungsprozesse und der zunehmende Einsatz von Robotern tragen einerseits dazu bei, Arbeitsplätze zu streichen; auf der anderen Seite aber entstehen neue Branchen, Produkte und Dienstleistungen, die zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen beitragen, die jedoch wahrscheinlich die gestrichenen Plätze nicht kompensieren werden. Für die Gewerkschaften sollte die starke Produktivitätszunahme daher mit einer wesentlichen Kürzung der Arbeitszeit einhergehen.

Man erwartet Auswirkungen auch auf die *Arbeitsbedingungen* in den Büros und in den Fabriken. Hier besteht vor allem die Gefahr einer Intensivierung der Arbeit, die immer häufiger keiner räumlichen und zeitlichen Eingrenzung mehr untersteht, was die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit negativ beeinflusst. Ohne geeignete Rechte und Schutz könnte die Digitalisierung zu einer extremen Flexibilisierung führen und die Stressgefahr erhöhen. Neue Rechte bezüglich des Managements der Arbeitszeit – wie z.B. das „Recht auf Abschalten“ – sind also erforderlich.

Was die *professionellen Inhalte* angeht, bieten die Digitalisierungsprozesse neue Chancen zur Verbesserung der Arbeitsqualität, aber gleichzeitig können sie auch zu neuen Formen von Leistungsstress führen. Um sich mit den Veränderungen auseinandersetzen zu können, sind der Ausbau der Kenntnisse sowie die Erweiterung der Autonomie und Freiräume für Kreativität für die ArbeitnehmerInnen erforderlich, um auf diese Weise die zunehmenden Anforderungen an die Qualität der Produkte und die Arbeitsproduktivität erfüllen können.

Was die rechtliche Form des Arbeitsverhältnisses angeht, wurde die Rückkehr zu individuellen Vertragsformen schon während der dritten industriellen Revolution erlebt. Daraus folgt eine schwache Verhandlungsmacht, wie man es am internationalen Cyber-Proletariat sehen kann. Hinter Arbeitsverhältnissen, die durch Scheinselbständigkeit gekennzeichnet sind und die an einzelnen bzw. mehreren Auftraggebern angebunden sind, werden oft nichtselbstständige Arbeitstätigkeiten versteckt, die somit den Tarifverhandlungen entzogen werden. Gleichzeitig sinkt die Stabilität der Arbeitsverhältnisse und die Unsicherheit nimmt zu. Diese prekären Arbeitsverhältnisse haben die Rückkehr zu den während der ersten industriellen Revolution üblichen Arbeitsbedingungen zur Folge.⁵ Die Interessenvertretung der prekären ArbeitnehmerInnen durch Tarifverhandlungen ist deshalb unabdingbar.

Die Digitalisierung impliziert darüber hinaus die Möglichkeit der totalen Transparenz der Arbeitsleistung. Die Gefahr betrifft insbesondere das digitale Management, das es ermöglicht, die ArbeitnehmerInnen mittels RFID, GPS, IPcam und „Spionsoftwares“ zu kontrollieren. Eine solche uneingeschränkte Überwachung bedroht das Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Anwendung von Technologien zur Fernkontrolle muss daher reglementiert werden, um eine solche totale Überwachung der ArbeitnehmerInnen zu vermeiden. Auch die neue europäische Regelung zum Schutz der persönlichen Daten, die ab 25. Mai 2018 unmittelbar in allen EU-Ländern gültig wird, sollte gezielt genutzt werden.

⁵ S. Stefano Musso <http://www.rassegna.it/articoli/dal-lavoro-ai-lavori-ecco-la-quarta-rivoluzione-industriale>

Die Digitalisierungsprozesse erfordern, dass die Entwicklung der Kompetenzen der ArbeitnehmerInnen gewährleistet wird. Um dieser Notwendigkeit nachzukommen, sollten geeignete Maßnahmen zur *Umschulung* und *beruflichen Weiterbildung* angeboten werden. Die Digitalisierung und die intelligenten Mensch-Maschinen-Schnittstellen verändern die Arbeit und somit auch den Qualifikationsrahmen und die Beschäftigungsstruktur mit der daraus folgenden Gefahr, dass ein Polarisierungsprozess mit einer geringen Anzahl von Gewinnern und einer größeren Anzahl von Verlierern entsteht.⁶ Die Digitalisierung könnte in bestimmten Arbeitsmarksegmenten dazu führen, dass die Kompetenzen, Knowhow und Erfahrungswissen an Wert verlieren. Diese Gefahr sollte mit einem verbreiteten Recht auf berufliche Weiterbildung begegnet werden. Die Gewerkschaften sollten involviert werden, wenn es darum geht, die privaten und öffentlichen Weiterbildungsmaßnahmen zu planen, um ein geeignetes Ausbildungsangebot zu garantieren.

Die digitale Wirtschaft verbirgt auch das Risiko, dass die Digitalisierungsprozesse zu einer größeren Konzentration des Vermögens und der Macht in der Wertschöpfungskette führen. Die Digitalisierung könnte deshalb die Schaffung von neuen *Ungleichheiten* sowie eine Verschärfung der bestehenden Unterschiede zur Folge haben. Die Stärkung der Tarifverhandlungen auf den unterschiedlichen Ebenen sollte dazu dienen, diesem Risiko vorzubeugen.

Um die Digitalisierungsprozesse zu managen, muss die Gewerkschaft versuchen, die Veränderung vermittelt der Rechte auf Unterrichtung, Anhörung und Mitbestimmung sowie im Rahmen von Tarifverhandlungen zu gestalten. Insbesondere geht es darum, dass Mitbestimmungsrechte und die Tarifverhandlungen mit Blick auf Entscheidungen über digitale Strategien, Investitionen in die Automatisierung, Auslagerungsprozesse und Umstrukturierungsstrategien gewährleistet sind. Im Rahmen der digitalen Wirtschaft können die Mitbestimmung und die Tarifverhandlungen sich nicht auf den einzelnen Betrieb beschränken. Die Umstrukturierung der Wertschöpfungsketten auf transnationaler Ebene fordert von den Gewerkschaften, dass betriebsübergreifende Strategien entwickelt werden. Die *Wertschöpfungskette* und die *industriellen Ökosysteme* sollten also zur Analyse- und Aktionseinheit werden.⁷ Ein konkretes Beispiel dafür ist die neue Auslagerungstendenz: Die Arbeit wird zu digitalen Plattformen oder in Form von Crowdsourcing ausgelagert. In diesem Fall sollten die Mitbestimmung und die Tarifverhandlungen dazu dienen, diese spezifischen Folgen der Digitalisierungsprozesse zu regulieren.

In der digitalen Wirtschaft ist ein verstärkter Druck zu Umstrukturierungsprozessen auf transnationaler Ebene vorhersehbar. Um die Umstrukturierung der Wertschöpfungsketten, die Auslagerungsprozesse und die Verlagerung der Standorte besser zu kontrollieren, gilt es, die *transnationale Dimension der gewerkschaftlichen Handlung* zu verstärken. Dazu sind transnationale Unternehmensvereinbarungen notwendig, um Mindestanforderungen nicht nur in den Standorten der multinationalen Konzerne, sondern auch in den Betrieben entlang der Wertschöpfungskette festzuschreiben. Die EBRs sollten darüber hinaus von ihren Unterrichtungs-

⁶ Siehe Hirsch-Kreinsen, H., *Wandel von Produktionsarbeit – „Industrie 4.0“*, Soziologisches Arbeitspapier Nr. 38, Technische Universität Dortmund, 2014.

⁷ S. Garibaldi a.a.O.

und Anhörungsrechten effizient Gebrauch machen, um die Digitalisierungsstrategien der multinationalen Konzerne zu beeinflussen. Eine solche Handlung sollte durch eine engere transnationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften auch auf dezentraler Ebene unterstützt werden.

Die Rolle des Staates

In einer digitalen Wirtschaft sollte der Staat eine aktive Rolle zur Gewährleistung der *sozialen Kohäsion* spielen. Der Staat sollte an erster Stelle eine Politik der sozialen Kohäsion entwickeln, um die neuen mit den Digitalisierungsprozessen verbundenen sozialen Risiken in Angriff zu nehmen. Eine weitere Maßnahme betrifft die aktive Arbeitspolitik, um die Veränderungsprozesse des Qualifikationsrahmens und der Beschäftigungsstruktur zu organisieren: In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung von öffentlichen Ausbildungsmaßnahmen von besonderer Bedeutung. Der Staat soll darüber hinaus die Verantwortung übernehmen, durch geeignete Maßnahmen zur Sicherstellung der Steuergerechtigkeit die Ungleichheiten zu reduzieren. Solche Maßnahmen sollten auch die Betriebe der digitalen Wirtschaft betreffen.

Im allgemeineren Sinn sollte ein Dialog geführt werden, wie die Vierte Industrielle Revolution im Dienste der Gesellschaft erfolgen könnte und wo alle Hauptakteure wie Regierungen, Sozialpartner, Verbraucherverbände, Umweltschutzverbände und andere Organisationen der zivilen Gesellschaft beteiligt sind.

Die vierte industrielle Revolution wird eine solche sein, nur wenn sie die Herausforderungen im Bereich Umwelt und Wohlfahrtsstaat annimmt und beantwortet. Die technologische Entwicklung und Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit alleine reichen nicht aus, um einen verbreiteten Wohlstand zu generieren. Dieser Ansatz wurde von der dritten industriellen Revolution dementiert, die ganz im Gegenteil zu mehr Ungleichheiten geführt hat.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage über den möglichen öffentlichen Einsatz, der in der Industriepolitik zu fördern ist. Angesichts der epochalen sozialen und Umweltherausforderungen sind öffentliche politische Maßnahmen für eine „gesteuerte“ Innovation erstrebenswert. Der Staat sollte nämlich zum dynamischen Motor von für die Zukunft strategischen Bereichen werden und das Investitionsrisiko für die Entwicklung von neuen Technologien in der Frühphase zu übernehmen.⁸ Es darf nicht vergessen werden, dass der Begriff Innovation nicht nur die technologische Dimension betrifft: Auch die soziale Dimension muss mittels Forschung im Bereich der Ergonomie, Arbeitsorganisation und soziale Arbeitsregulierung mit einbezogen werden.

Der europäische Kontext

Eine aktive Rolle des Staates hängt auch von der Politik der europäischen Kommission ab. Um das europäische Projekt zu verteidigen und den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten, ist seitens der Kommission eine höhere Flexibilität hinsichtlich einer expansiven Wirtschaftspolitik vermittelbar.

⁸ S. Mazzucato, M., *The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths*, Anthem Press, London, 2013.

der Modifizierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts unabdingbar. Auf diese Weise könnten öffentliche Ressourcen für produktive Investitionen freigesetzt werden. Für die Europäische Union wäre es eine Gelegenheit, der Vertrauenskrise seitens der Bürger, die das Ergebnis der Wirtschaftskrise, der hohen Arbeitslosigkeit und der sozialen Ausgrenzung ist, entgegenzuwirken. Die soziale Unzufriedenheit führt zur Verbreitung populistischer, nationalistischer und ausländerfeindlicher Bewegungen. Deshalb ist es unabdingbar, dass die Europäische Union reformiert wird, um eine Politik auf den Weg zu bringen, die auf Zusammenarbeit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit gerichtet ist.

Die Herausforderung der Digitalisierung soll durch eine nachhaltige Strategie angegangen werden. Die europäische Politik sollte dazu beitragen, nachhaltiges Wirtschaftswachstum, die Schaffung einer qualitativ guten Arbeit, die Verringerung der sozialen Ungleichheiten und eine angemessene soziale Sicherung zu fördern. Ein Problem, das mit Priorität angegangen werden muss, betrifft die prekären Arbeitsverhältnisse sowie die Fragmentierung der Arbeit. Auch vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Digitalisierung müssen Maßnahmen entwickelt werden, die den Scheinselbstständigen und atypisch Beschäftigten die gleichen Rechte garantieren, die auch für die anderen Beschäftigten gelten. Um einen stärkeren sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten, ist im Übrigen die Ausweitung der demokratischen Rechte von grundlegender Bedeutung. Die tiefgreifenden Veränderungen im Rahmen der vierten industriellen Revolution machen eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte und die Entwicklung eines Rechtsrahmens, der den Abschluss von Unternehmensvereinbarungen auf europäischer Ebene ermöglicht, notwendig.

Die gewerkschaftliche Koordinierung

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen sind sich die Fiom-Cgil Bologna und Emilia-Romagna sowie die IG Metall Wolfsburg über die Notwendigkeit, eine Phase der weiteren Ausweitung und Vertiefung der Kooperation einzuleiten, einig. Die beiden Gewerkschaften unterstreichen die Bedeutung, die Auswirkungen der neuen digitalen Technologien auf die Arbeit zu untersuchen und mögliche Antworten zu identifizieren. Mit Blick auf die Digitalisierungsprozesse gibt es verschiedene Themen, die eine Vertiefung in vergleichender Perspektive notwendig machen. Hierzu zählen

- Industriepolitik und Innovationsprozesse;
- Bündnisse in europapolitischen Fragen;
- berufliche Bildung;
- aktive Arbeitspolitik sowie
- industrielle Beziehungen auf Konzernebene und entlang der Wertschöpfungskette.

Des Weiteren sehen die beiden Gewerkschaften die Notwendigkeit, ihre Kooperationsstrukturen zu stärken. Diese würden folgende Aufgaben haben:

- die Verbesserung des Informationsflusses,
- die Vertiefung der inhaltlichen Diskussion und des Dialogs;
- die Förderung des Austausches lokaler Erfahrungen;

- die Entwicklung gemeinsamer Strategien sowohl auf der Ebene multinationaler Konzerne als auch entlang der Wertschöpfungsketten sowie
- der Aufbau von Koordinierungsstrukturen auf Konzernebene sowie auf überbetrieblicher Ebene.

Bologna, 17. Januar 2017

IG Metall Wolfsburg

Fiom-Cgil Bologna

Fiom-Cgil Emilia-Romagna